

TAGUNG

Markt versus Staat in der Europäischen Union

*Ansgar Belke und Gunther Schnabl**

Am 19. und 20. Januar 2015 fand das 28. Leipziger Weltwirtschaftsseminar zum Thema „Markt versus Staat – Dezentralisierung versus Zentralisierung in der Europäischen Union“ statt, zu dem *Ansgar Belke* und *Gunther Schnabl* eingeladen hatten. In der Albertina der Universität Leipzig diskutierten 120 Teilnehmer mit 13 Referenten marktwirtschaftliche und staatliche Lösungsansätze für wirtschaftspolitische Herausforderungen in der Europäischen Union.

Der erste Teil der Konferenz befasste sich mit europäischen Wachstumsstrategien. Den Auftakt machte *Leszek Balcerowicz*, der anhand seines Heimatlandes Polen, dessen Transformation zu einer Marktwirtschaft er entscheidend mitgestaltete, die Vorteile von schnellen und umfassenden marktwirtschaftlichen Reformen deutlich machte. Die Wirtschaftsgeschichte habe gezeigt, dass eine marktwirtschaftliche Ordnung die Grundlage für Wohlstand sei. Dies habe sich auch für Polen und andere mittel- und osteuropäische Staaten seit dem Zusammenbruch der planwirtschaftlichen Systeme erwiesen.

Balcerowicz plädierte für mehr wirtschaftliche Freiheit und weniger staatliche Interventionen. Er stellte die Interdependenz von wirtschaftlicher und politischer Freiheit heraus: „The most important freedom is economic freedom.“ In einer Zeit, in der die Politik zu immer mehr Regulierung und Preiskontrollen tendiere, setzte Balcerowicz so einen wichtigen Denkipuls. Er identifizierte auch wichtige Reformstrategien. Es sei entscheidend,

28. Leipziger Weltwirtschaftsseminar Markt versus Staat – Dezentralisierung versus Zentralisierung in der Europäischen Union

Prof. Dr. Gunther SCHNABL, Institut für Wirtschaftspolitik und ZIW, Universität Leipzig
Dr. Andreas HOFFMANN, Institut für Wirtschaftspolitik und ZIW, Universität Leipzig
Prof. Dr. Ansgar BELKE, Universität Duisburg-Essen

Gefördert von der Hanns Martin Schleyer-Stiftung im Rahmen der Förderinitiative „Dialog Junge Wissenschaft und Praxis“, der Europäischen Kommission und dem Arbeitskreis Europäische Integration sowie durch die Wissenschaftsförderung der Sparkassen-Finanzgruppe

19.-20. Januar 2015, Leipzig

Begrüßung

Prof. Dr. Ansgar BELKE, Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Gunther SCHNABL, Institut für Wirtschaftspolitik und ZIW, Universität Leipzig

European Growth Models

Chair: Prof. Dr. Ansgar BELKE, Universität Duisburg-Essen

Stabilization, Reforms and Growth in Poland in a Comparative Perspective

Prof. Leszek BALCEROWICZ, Vizepremier und Finanzminister a.D. der Republik Polen, Warschau

Financial Markets and the Role of the United Kingdom in the European Union

Prof. Iain BEGG, London School of Economics, London

* Prof. Dr. Ansgar Belke, Universität Duisburg-Essen.
Prof. Dr. Gunther Schnabl, Universität Leipzig.

Reformen schnell unumkehrbar zu machen, um politischen Widerstand zu umgehen.

Iain Begg führte das Plenum in das (wirtschafts-)politische Dilemma britischer Europapolitik ein. Einerseits wirkten die Partikularinteressen wichtiger britischer Industrien und insbesondere des Finanzmarkts. Das Grundprinzip freier Märkte werde weitgehend akzeptiert. Andererseits seien wichtige Bausteine europäischer Politik bei den Wählern sehr unbeliebt, wie zum Beispiel die sogenannten Nettobeitragszahlungen an ‚Brüssel‘ und der freie Personenverkehr (Schengen). Der Eindruck der britischen Währungs- und Finanzkrise (1992/93) wirke bis heute sehr stark nach, sodass an einen Beitritt Großbritanniens zum Eurogebiet nicht zu denken sei.

Angesichts dieser politischen Beschränkungen sehe sich die britische Regierung mit großer Skepsis in der Bevölkerung konfrontiert, sodass wenig Raum für Verhandlungen mit den europäischen Partnern bleibe. *Begg* bezifferte die Wahrscheinlichkeit eines Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union (‚Brexit‘) mit 40 Prozent. Die Wachstumsdynamik, die vom britischen Finanzmarkt ausgehe, sei groß genug, um Großbritannien auch ohne die Europäische Union genügend Wohlstand zu bringen.

Im zweiten Teil der Tagung wurden die Herausforderungen der wachsenden Finanzmarktregulierung in Europa diskutiert. *Hans-Peter Burghof* warnte vor zu viel Regulierung, da die Banken in ein homogenes Regulierungsschema gepresst würden, was sie verwundbar für neue Krisen mache. Zu viel Regulierung schränke zudem die Funktionsweise von Finanzinstituten ein, was derzeit in eine stagnierende Kreditvergabe des Bankensystems im Eurogebiet münde. Zudem sei es wahrscheinlich, dass außerhalb des Bankensystems neue Mechanismen entstünden, die dessen Funktionen übernehmen. Das schnelle Wachstum des Schattenbankensektors sei ein Beleg dafür.

Herausforderungen der Finanzmarktkontrolle

Chair: Prof. Dr. Uwe VOLLMER, Universität Leipzig

Finanzmarktkontrolle in Zeiten der Quantitativen Lockerung

Prof. Dr. Hans-Peter BURGHOF, Universität Hohenheim

Wege zu mehr Finanzmarktkontrolle

Dr. Gerhard SCHICK, MdB, Stellvertretender Finanzausschussvorsitzender, Finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, Bündnis 90/Die Grünen, Berlin

Schuldenmanagement in Europa

Chair: Prof. Dr. Harald WIESE, Universität Leipzig

Deutsche Staatsverschuldung als Weg zu mehr Wachstum in Europa

Prof. Dr. Carl Christian VON WEIZSÄCKER, Max Planck Institute for Research in Collective Goods, Bonn

Schuldenkontrolle in der Europäischen Währungsunion

Prof. (em.) Dr. Dr. h.c. Joachim STARBATTY, MdEP, Straßburg/Brüssel

Dinner Speech: Markt und Macht

Dr. Rainer HANK, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Frankfurt am Main

Zu einer Reform des Geldsystems?

Chair: Prof. Dr. Wilhelm ALTHAMMER, Handelshochschule Leipzig

Brauchen wir ein neues Geldsystem?

Dr. Thomas MAYER, Flossbach von Storch Research Institute, Köln

Vollgeld als Alternative zum Fractional Reserve Banking

Prof. Dr. Joseph HUBER, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Eine zentralisierte oder dezentralisierte Europäische Union?

Chair: Ulrich MILDE, Leipziger Volkszeitung, Leipzig

Wege zum Europäischen Bundesstaat

Prof. Dr. Dr. h.c. Werner WEIDENFELD, Ludwig-Maximilians-Universität München

Gerhard Schick machte die Herausforderungen von Finanzmarktregulierung aus politischer Sicht deutlich. Er bescheinigte Finanzausschüssen und Bankenaufsichten ein erhebliches Informationsdefizit gegenüber den Branchenvertretern der Finanzindustrie. Dies begünstige Lobbyismus und risikoreiches Verhalten. Er plädierte für eine unabhängige politische Entscheidungsfindung, wofür das Informationsdefizit staatlicher Akteure gemildert werden müsse. Insgesamt zeigte sich Schick jedoch zuversichtlich, dass die Exzesse der Finanzmärkte durch Regulierung bewältigt werden können.

Unter dem Titel „Schuldenmanagement in Europa“ diskutierten *Carl Christian von Weizsäcker* und *Joachim Starbatty* das Für- und Wider wachsender Staatsverschuldung in Europa. Von Weizsäcker argumentierte, dass in alternden Gesellschaften wie der europäischen die gesamtwirtschaftliche Ersparnis stark wachse. Zudem würden mit fortschreitender technologischer Entwicklung Investitionen mit hoher Grenzleistungsfähigkeit abnehmen. Das Ergebnis sei ein wachsendes Kapitalangebot, das nicht auf ausreichend Kapitalnachfrage treffe. Staatsverschuldung werde benötigt, damit die Ersparnisse des privaten Sektors für ihre Altersvorsorge noch Verwendung finden.

Starbatty identifizierte die wachsende Verschuldung in Europa als Stolperstein für die Stabilität der gemeinsamen europäischen Währung. Er wies darauf hin, dass hohe Staatsverschuldung mit wachsender Instabilität der Währung verbunden ist. Je höher die Staatsverschuldung, desto höher sei der Druck auf die Zentralbank, die Staatsverschuldung durch den Ankauf von Staatsanleihen zu monetarisieren. Die Regelwerke, die dafür geschaffen wurden, die Staatsverschuldung in Europa niedrig zu halten, hätten sich als brüchig erwiesen. Mit dem Argument der Alternativlosigkeit würden Normen uminterpretiert. Durch den hieraus resultierenden Anstieg der Staatsverschuldung würden strukturelle Verzerrungen und Spannungen

Dezentralisierung als Quelle der Freiheit, Innovation und Prosperität

Prof. Dr. Roland VAUBEL, Universität Mannheim

Konflikte in der sozialen Sicherung

Chair: Prof. Dr. Thomas STEGER, Universität Leipzig

Perspektiven der gesetzlichen Alterssicherung

Prof. Dr. Gert WAGNER, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

Alternde Bevölkerung und Stress im Gesundheitssystem

Prof. Dr. Reinhold SCHNABEL, Universität Duisburg-Essen

Schlussworte: Perspektiven für Wachstum und Wohlstand in Europa

Prof. Dr. Ansgar BELKE, Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Gunther SCHNABL, Institut für Wirtschaftspolitik und ZIW, Universität Leipzig

innerhalb der Europäischen Währungsunion zementiert, was sich längerfristig als Fallstrick für diese erweisen könne.

Den Abschluss des ersten Tages bildete der Abendvortrag von *Rainer Hank* zum Thema „Markt und Macht“. Der Referent führte die Zuhörer gekonnt durch 100 Jahre Ideengeschichte, um das Spannungsfeld zwischen Markt und Macht zu definieren. Er vertrat die Ansicht, dass Wettbewerb auf Märkten dazu beitrage, private Macht – zum Beispiel in Form von Monopolen – zu begrenzen. Aus dieser Perspektive beleuchtete er die aus seiner Sicht nur vermeintliche Marktmacht der Internetkonzerne Google und Uber. Die private Macht beider Konzerne sei vom Kunden frei gewählt, da Alternativen zur Verfügung stünden. Allerdings müsste der versteckte Preis, der zum Beispiel im Verkauf persönlicher Daten gesehen werden könne, den Kunden offengelegt werden.

Der zweite Seminartag begann mit einer spannenden Diskussion über alternative Geldsysteme, die die Schwächen des aktuellen krisen-

geplagten Geld- und Kreditsystems verdeutlichte. *Thomas Mayer* zeigte die Probleme des bestehenden Geldsystems auf. Die Geschäftsbanken schufen Geld „aus dem Nichts“, was zu Übertreibungen auf den Finanzmärkten und Finanzkrisen führe. Er argumentierte, dass der Euro ohne politische Union nicht lebensfähig sei. Deshalb sei seit Beginn der Krise mit unterschiedlichen Rettungsmechanismen eine Art ‚Schattenstaat‘ geschaffen worden, der den Euro stützen solle.

In Übereinstimmung mit Mayer verwies *Joseph Huber* auf die immer wiederkehrenden und wachsenden Finanzkrisen. Das bestehende Giralgeldsystem sei störanfällig und krisengeplagt, weil Banken ohne wirksame Kontrolle durch die Zentralbank Geld schöpfen können. Er schlug deshalb als Alternative die Einführung eines sogenannten Vollgeldsystems vor, in dem nur die Zentralbank Geld schöpfen kann. Dadurch würde die Zentralbank die Kontrolle über die Geldmenge wiedererlangen und könne so Spekulationswellen auf den Finanzmärkten verhindern. In der anschließenden Diskussion wurde kritisiert, dass ein Vollgeldsystem nach den Vorstellungen Hubers nicht verhindern könne, dass die Zentralbank selbst gegen das Interesse der Bürger zu viel Kredit erzeuge. Genau dies sei aber die Ursache der derzeitigen Krise.

Der Politikwissenschaftler *Werner Weidenfeld* diskutierte, inwiefern eine weitere Zentralisierung der Europäischen Union zu erwarten ist. Er unterstrich die Komplexität der politischen Prozesse, die zu einer Vertiefung der europäischen Beziehungen führten und suggerierte, dass innerhalb der Europäischen Union föderale dezentrale Strukturen entstehen könnten. Zum Beispiel wäre der Austritt des Baskenlandes aus Spanien mit dem Verbleib der Basken in der Europäischen Union verknüpft, was die potenziellen Austrittskosten absenke. Mit Blick auf die historische Entwicklung erklärte Weidenfeld, dass es im letzten Jahrzehnt einen immensen Machttransfer auf die europäische Ebene gegeben habe. Auch wenn das politische ‚Pendel‘ hin

und her schwinde, sei die ‚Wucht‘ des politischen Willens zur Einigung Europas immer noch immens. Dieser Prozess habe durch die Krise nochmals an Dynamik gewonnen.

Roland Vaubel wies auf die Gefahren dieses Zentralisierungsprozesses hin. Auf der Grundlage wirtschaftshistorischer Quellen zeigte Vaubel, dass der Wohlstand Europas insbesondere dem Wettbewerb der Nationen geschuldet sei. Die großen geologischen Ebenen Asiens hätten das Entstehen großer zentralisierter Staatengebilde begünstigt, was regionalen Wettbewerb und damit Innovationskraft und Wachstum auf lange Frist gebremst habe. In Europa sei hingegen durch die zahlreichen Gebirge und Gewässer die Bildung von vergleichsweise kleinen Nationalstaaten möglich gewesen. Dies habe Vergleiche der Staaten und eine Mobilität zwischen unterschiedlich strukturierten Staatengebilden möglich gemacht. Der daraus resultierende Wettbewerb zwischen den Staaten sei als Quelle für Freiheit, Innovation und Wohlstand zu sehen. Durch die fortschreitende Zentralisierung, die mit dem Übergang von Kompetenzen an die Europäische Union einherginge, werde diese Dynamik unterminiert.

In der letzten Sitzung des 28. Leipziger Weltwirtschaftsseminars wurden die Herausforderungen der demografischen Entwicklung für die Altersvorsorgesysteme in Deutschland und Europa diskutiert. In weitgehender Übereinstimmung beschrieben *Gert Wagner* und *Reinhold Schnabel* die Notwendigkeit von Reformen zum Erhalt der Rentenversicherungssysteme. Wagner verdeutlichte das sich verschärfende Problem der Altersarmut und zeigte sich besorgt darüber, wie die Mindestsicherung im Alter zukünftig gewährleistet werden könne.

Nach Schnabel führen das Absinken der Fertilität und der gleichzeitige Anstieg der Lebenserwartungen dazu, dass die Rentenversicherungen nur durch ein Sinken der Leistungen oder steigende Beiträge nachhaltig finanzierbar seien. Beide Referenten schlugen des-

halb unter anderem einen flexibleren Übergang in die Rente vor. Sie waren sich einig, dass Immigration zwar helfen könne, das demografische Problem einzudämmen, aber keine vollkommene Lösung sei. Ein Anstieg des durchschnittlichen Renteneintrittsalters sei unumgänglich, um die Rentenbezüge auf einem erträglichen Niveau halten zu können. Die anschließende Diskussion machte deutlich, dass vor allem im geburtenschwachen Deutschland ein großes Potenzial für Verteilungskonflikte zwischen Jung und Alt besteht.

Die Organisatoren *Belke* und *Schnabl* beschlossen das 28. Leipziger Weltwirtschaftsseminar, das in dem würdigen Ambiente der Albertina mit 120 Teilnehmern einen neuen Rekord erreichte. Sie machten nochmals deutlich, dass der europäische Integrationsprozess zum Wohle aller Bürger in der Europäischen Union vorangetrieben werden müsse. Dabei dürfte aber nicht außer Acht gelassen werden, dass Markt und Wettbewerb nach wie vor die Grundlage für Wachstum und Wohlstand in Europa sind.